



Als christliche Minderheit leben

WER VERSTEHEN WILL, WAS ES FÜR CHRISTEN BEDEUTET, ALS MINDERHEIT IN EINEM ISLAMISCHEN LAND ZU LEBEN, DER MUSS SOWOHL DIE POLITISCHE DIMENSION DES ISLAM ALS AUCH DAS DIESER RELIGION ZUGRUNDE LIEGENDE WELTBILD BEDENKEN.

Wenn wir im Kontext der arabisch-islamischen Welt von einer christlichen Minderheit reden, dann meinen wir damit die alten orthodoxen und katholischen Kirchen des Ostens, die im 19. und 20. Jh. entstandenen protestantischen Kirchen und die ständig wachsende Gemeinde der Konvertiten aus dem Islam.

Die politische Dimension des Islam

Der Islam ist von Anfang an mehr als nur eine spirituelle Angelegenheit. Dabei liegt die Weichenstellung in der Biographie seines Religionsgründers begründet. Schon früh entwickelt sich Muhammad zum religiösen und politischen Führer. Neben seiner verkündigenden Tätigkeit führt er Krieg gegen die ihn ablehnenden jüdischen und arabischen Stämme. Er gibt seiner wachsenden Anhängerschaft eine Gemeindeordnung, die zugleich den ersten Entwurf einer theokratischen Verfassung darstellt, die den Islam zu einem Weltreich und einer Weltreligion machen sollte. War der Islam zunächst das Bekenntnis einer kleinen Gruppe von Menschen gewesen, so wurde er nach der Umsiedlung nach Medina zum religiös begründeten sozialen Gefüge, zu einem religiösen Staat mit politischer Macht. Damit war das Verständnis: Islam ist Religion und Staat (*al-islam diin wa daula*) geboren. Dabei versteht sich der Islam als absolut bestimmendes Regelwerk für Glauben, Denken, Politik, Künste, Kultur und die Abläufe des täglichen Lebens.

Das Weltbild des Islam

Der Islam will Ruf zum Glauben an den einen Gott sein. Seit der Ablehnung Muhammads als Prophet durch Juden und Christen hat sich sein lokales, zunächst auf Arabien begrenztes Berufungsverständnis universal erweitert. Von nun an war es das Ziel, den weltweiten Absolutheitsanspruch des Islam geltend zu machen. Dabei nimmt der Islam eine Zweiteilung in seinem Weltbild vor. Diese entstammt zwar nicht den eigentlichen Urquellen (Koran und Sunna), stellt aber einen in der islamischen Theologie historisch gewachsenen Zusatz dar. Obwohl Reformen die Zweckmäßigkeit dieser Theorie bezweifeln, hält doch die Mehrzahl der Rechtsgelehrten daran fest. Es geht darum, dass die Welt in zwei antagonistische Regionen aufzuteilen ist. Die Gebiete, in denen der Islam bereits Mehrheitsreligion ist, d.h. in denen das islamische Gesetz aufgerichtet und mehrheitlich praktiziert wird und der Souverän dieses Gebietes ein Moslem ist, werden als „Haus des Islams“ bezeichnet. Alle anderen Gebiete zählen zum „Haus des Krieges“, d.h. zu dem Bereich, in dem der Islam noch nicht herrscht. Natürlich liegt diesem Weltbild die Vorstellung zugrunde, dass „das Haus des Islam“ auszudehnen und demzufolge das „Haus des Krieges“ immer weiter zu reduzieren ist. Hier hat dann der Jihad (*dschihaad*), der „heilige Krieg“, seinen Ort und zwar in dem Sinn, dass er zum Ziel hat, „das Haus des Krie-

ges“ in „das Haus des Islam“ zu verwandeln. Jihad aber meint wörtlich zunächst weder „heilig“ noch „Krieg“, sondern „Anstrengung“ und als terminus technicus eine besondere Anstrengung um der Sache Gottes willen, worunter vielfach, aber nicht ausschließlich der Krieg als Angriffs- und Verteidigungskrieg fällt. Der Begriff hat schließlich seine militante Bedeutung durch die geschichtliche Entwicklung erhalten. Im „Haus des Islam“ werden die „Leute des Buches“, Christen und Juden, zwar geduldet, sind aber de facto Menschen mit limitierten Rechten und gesellschaftlich zweitrangig.

Das Verhältnis des Islam zum Judentum und Christentum

Das Verhältnis des Islam zu Juden und Christen gestaltete sich anfänglich durchaus wohlwollend. Juden und Christen erfuhren als „Buchbesitzer“ (*ahl al-kitaab*) im Gegensatz zu den Polytheisten zunächst eine prinzipielle Anerkennung. Muhammad verstand seine eigene Botschaft lediglich als eine Kontinuität der früheren Offenbarungsschriften der Juden und Christen (Sure 6:92). Nach seiner Auffassung bestätigen Thora und Evangelium den Koran, und der Koran bestätigt wiederum beide Schriften (Sure 5:44-48). Alle drei Schriften bezeugen eine einzige Offenbarung und gehen auf ein bei Gott aufbewahrtes Urbuch zurück (Sure 13:39). Diese Konzeption ließ Muhammad auf eine Anerkennung seines Prophetenamtes durch



Juden und Christen hoffen. Erst als sich herausstellte, dass Juden und Christen weder die inhaltliche Identität der göttlichen Offenbarungsschriften Muhammads noch seine göttliche Sendung anerkannten, verwandelte sich die anfängliche Anerkennung in eine zunehmende Abgrenzung. Der inneren Distanzierung von den Juden folgte der gewaltsame Kampf, da diese sowohl einen politischen als auch einen wirtschaftlichen Machtfaktor darstellten. Die Christen stellten als friedliche Minderheit keine Gefahr für die Existenzsicherung und Konsolidierung der islamischen Gemeinde dar. Dennoch wurde auch deren Wirkungsmöglichkeit eingegrenzt und ihre theologische Auffassung von der Gottessohnschaft Jesu, seiner Kreuzigung und der göttlichen Trinität heftig kritisiert (Sure 2:116; 5:72-73; 4:157-158). Fortan mehrten sich die Aussagen gegen die Christen. Ihr Unglaube wurde verurteilt (Sure 98:6) und vor einer engen Verbindung mit ihnen wurde gewarnt (Sure 5:51). Der Islam verstand sich von nun an als die einzige Religion (Sure 3:19; 48:28; 5:3) und proklamierte seine Überlegenheit (Sure 3:110). Juden und Christen hatten sich nun im expandierenden islamischen Reich den Muslimen zu unterwerfen (Sure 9:29-35). Sie wurden zu Menschen zweiter Klasse, indem sie in den Status der Schutzbefohlenen (*dhimmi*) versetzt wurden. Das bedeutete, dass sie zwar von der regierenden islamischen Gemeinschaft (*umma*) in gewisser Weise toleriert, nicht aber als gleichwertig integriert wurden. Zur Regelung dieses Verhältnisses kam es zum Abschluss von Unterwerfungsverträgen. Die unter Muhammad abgeschlossenen Verträge mit Juden und Christen wurden in der Zeit der arabischen Eroberungen zum normativen Vorbild. Den Verträgen lag das Verständnis zugrunde, dass die staatstragende Gesellschaft einheitlich muslimisch ist. Die Verträge dienten der Festschreibung des Abhängigkeitsstatus der in der islamischen

Gesellschaft lebenden Minderheit. Muslime galten als Vollbürger, Juden und Christen wurden als Schutzbefohlene geduldet. Die ihnen auferlegten Pflichten beinhalteten Loyalität gegenüber der islamischen Obrigkeit und die Zahlung von Eigentums- und Kopfsteuer (*gizya*). Zeitweise wurden auch klar von Muslimen erkennbare unterscheidende Merkmale bzw. Kleidung erwartet. Auf der anderen Seite wurde den Schutzbefohlenen eine relative Religions- und Kultfreiheit zugestanden. Dabei durfte aber die Ausübung der eigenen Religion dem religiösen Empfinden der Muslime und ihrem Überlegenheitsgefühl nicht zuwiderlaufen. Das gottesdienstliche Leben hatte innerhalb der kirchlichen oder synagogalen Räume stattzufinden. Das Eigentum der Schutzbefohlenen galt als unantastbar. Im politischen Leben waren Juden und Christen am nachhaltigsten ausgegrenzt. Die Ausübung der staatlichen Macht stand nach islamischem Recht ausschließlich Muslimen zu. Der Zugang zu hohen Staatsämtern wurde ihnen in der Regel kaum ermöglicht. Diese hier aufgelisteten Fakten sind bis heute in der Praxis nachweisbar. Zuge sicherte Rechte können je nach politischen Verhältnissen außer Kraft gesetzt werden. Damit sind die Schutzbefohlenen abhängig von den jeweils herrschenden politischen Verhältnissen, was deren Geschichte nicht selten zu einer Leidensgeschichte werden lässt. Das Leiden um Christi willen wurde für die historischen Kirchen zum festen Bestandteil ihrer Existenz. Leider führt der vielfältige Druck durch die islamische Mehrheit gegenwärtig aber auch dazu, dass eine nicht geringe Anzahl von Christen entweder zum Islam konvertieren oder ins westliche Ausland emigrieren. Für den Mittleren Osten ist durchaus eine spürbare Diskriminierung von Christen festzustellen, was sich sowohl bei den Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt, bei der schulischen und universitären Ausbildung, bei der politischen Re-

präsentation, beim Zugang zu den Medien und beim Bau von neuen Kirchen auswirkt. Häufig erfahren die Christen des Landes nicht den nötigen staatlichen Schutz bei militanten Übergriffen durch islamistische Gruppierungen. Zusätzlich kommt es immer wieder zu offensichtlichen Islamisierungsversuchen.

Toleranz im Islam

Wie schon erwähnt, kennt der Islam eine gewisse tolerante Regelung den „Schriftbesitzern“ gegenüber. Alle Toleranz kommt dann aber zu einem abrupten Ende, wenn ein Muslim sich entscheidet, seine Religion zu verlassen, um z. B. Christ zu werden. Wer in einem islamischen Staat die Umma verlassen will, hört auf, ein loyaler Staatsbürger zu sein und macht sich des Staatsverrats schuldig. Das Verlassen des Islam ist keine private Angelegenheit, sondern stellt einen öffentlichen, politischen Schritt dar, der zudem die Ehre der Familie auf das Tiefste schändet. Religionsfreiheit aus islamischer Sicht kann lediglich als Einbahnstraße verstanden werden. Als Jude und Christ darf man bleiben, was man ist, kann aber Muslim werden. Als Muslim muss man bleiben, was man ist. Christ zu werden ist eigentlich undenkbar. Geschieht das doch, können die Reaktionen sehr unterschiedlich sein. Es gibt keinen staatlichen Automatismus der Strafverfolgung, wohl aber kann diese auf Bestreben von Verwandten, Freunden oder Bekannten eingeleitet werden. Nicht selten kommt es zum Verlust der Arbeitsstelle, des Freundeskreises oder zum Ausschluss aus der Familie. Der Konvertit muss damit rechnen, dass er enterbt, geschieden, staatlich überwacht, eingeschüchert und sein Leben bedroht wird. Jesus nachzufolgen führt unweigerlich ins Leiden und fordert seinen Preis, den aber der von Jesus erneuerte Muslim bereit ist zu zahlen, da Jesus durch seinen Tod für ihn den höchsten Preis bereits gezahlt hat.